

In dieser Ausgabe:

2 Keine Zählgemeinschaft mehr von SPD, Grünen und LINKEN in der BVV-Neukölln.

5 Irrsinn autogerechte Stadt. Gedanken von Thomas Licher nach einer Neuköllner BVV-Sitzung.

6 Gute Gesundheit für alle statt Kopfpauschale. Zur Debatte um die „Gesundheitsreform“.

7 Steffen Schmolke stellt seine Bilder bei der Neuköllner LINKEN aus.

Alles käuflich

„Politik wird nicht mehr gewählt, sondern gekauft“, konstatiert die LINKE-Politikerin Gesine Lötzsich, nach den Korruptionsskandalen um die CDU-Ministerpräsidenten Tillich (Sachsen) und Rüttgers (NRW). Es handelt sich nicht um Ausrutscher, sondern um weitere Beispiele für die CDU-Korruptionskultur. „Die CDU hat in den letzten Jahren immer wieder Belege dafür geliefert, dass sie sehr gern Geld von Unternehmen annimmt und zeitnah deren Wünsche in Gesetze gießt“, betont die haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Da passt es ins Bild, wenn geschichtsvergessene Politiker von Union und FDP verlangen, Griechenland solle seine Inseln verkaufen, um Staatsschulden zu tilgen.

KDH

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln



Ostermarsch

2010

Für die Abschaffung aller Atomwaffen!

Für den sofortigen Abzug aller Truppen aus Afghanistan und die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Nein zu Sozialabbau und Hartz IV!

Nein zu jeder Form von Rassismus, zu Antiislamismus, Antisemitismus und Antiziganismus!

Nein zum Überwachungsstaat!

Kommt zum
OSTERMARSCH 2010

**Ostermontag, 5. April,
um 14.00 Uhr
Potsdamer Platz**

Foto: KDH

Hartz IV muss weg

Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar ein viel beachtetes Urteil über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze gefällt.

Dieses Urteil wurde in vielen Medien als eine Ohrfeige für SPD und Grüne, aber auch für CDU, CSU und FDP aufgefasst, die Hartz IV vor mehr als fünf Jahren eingeführt haben. Die Genugtuung über die überfällige Ohrfeige für diese Hartz-IV-Parteien darf aber nicht darüber hinweg täuschen: „Die Überwindung von Hartz IV muss weiterhin politisch erkämpft werden“, meint Ruben Lehnert.

Lesen Sie weiter auf Seite 3.

Über Opfer reden

Nach dem verheerenden Luftangriff in Kundus letztes Jahr wird in Deutschland über die Verantwortung gestritten. Über die Opfer reden wenige.

Christine Buchholz reiste nach Afghanistan und sprach mit den Angehörigen der Opfer. Im Bundestag berichtete sie davon, als das Parlament beschloss, weitere Soldaten an den Hindukusch zu schicken. Mahnend hielten die Abgeordneten der LINKEN Schilder mit den Namen der Opfer in den Händen. Deshalb wurden sie von der Debatte ausgeschlossen.

Lesen Sie weiter auf Seite 4.

Nazis stoppen

Auf Kosten von Minderheiten Hass verkünden. Das wollen Nazis mit ihren Kampagnen „gegen den Islam“ erreichen. In Neukölln und bundesweit.

Nazis haben das Thema „Islam“ für sich entdeckt. Nach dem Volksbegehren gegen Minarette in der Schweiz wollen sie auch hier ein Klima der Angst und des Rassismus schüren. Jetzt mobilisieren die Nazis bundesweit, um am 27. März gegen die Moschee in Duisburg aufzumarschieren. DIE LINKE wird mit dazu beitragen, den Naziaufmarsch zu stoppen.

Lesen Sie weiter auf Seite 8.

Keine Zählgemeinschaft mehr von SPD, Grünen und LINKEN in der BVV Neukölln

Die seit neun Jahren bestehende Zählgemeinschaft von SPD, Grünen und LINKEN in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung besteht nicht mehr.

Nach der Februarsitzung der BVV erklärten die Sozialdemokraten die lokale rot-rot-grüne Koalition für beendet. Anlass war ein Antrag der Grünen gegen rechtsextremistische Gewaltaktionen in Neukölln, dem die SPD nicht zustimmen wollte. Stattdessen wurde ein fraktionsübergreifender Antrag vorgelegt, in dem rechtsextremistische Anschläge in Neukölln gleichrangig mit Aktionen von links-autonomen Gruppen, zum Beispiel gegen Büros von Quartiermanagements verurteilt wurden. Dieser Gleichsetzung wollten Grüne und LINKE nicht zustimmen.

Der SPD-Antrag, der zuvor die Zustimmung im Ältestenrat der BVV



Vignette: Franz Zauleck

gefunden hatte, wurde dann mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Grauen beschlossen. Von den Grünen wurde nach der Sitzung erklärt: „Wir werden immer wieder deutlich sagen, dass Rechts- und Linksextremismus nicht in einen Topf gehören. Wer behauptet, wir würden damit irgendeine Form von Gewalt relativieren, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, selbst nicht in der Lage – oder schlimmer noch: nicht willens – zu sein, die notwendige Differenziertheit an den Tag zu legen.“ Nach Meinung der CDU

stünden sich „Links- und Rechtsextremisten in ihrer Radikalität in Nichts nach“. CDU-Fraktionsvize Christopher Kroll: „Leider will sich die Grünen-Fraktion mit ihrem Änderungsantrag und ihre Unterstützer in der Linksfraktion außerhalb dieses gemeinsamen Feldes stellen.“

Politische Beobachter der Neuköllner BVV sehen hinter dem Anlass für die Aufkündigung der Zählgemeinschaft eine seit Herbst vergangenen Jahres zunehmende Polarisierung zwischen SPD und Grünen mit Blick auf die Wahlen 2011. Bei den Bundestagswahlen waren beträchtliche Stimmenverschiebungen zuungunsten der SPD zu verzeichnen, besonders im Neuköllner Norden.

Trotz Beendigung der Zählgemeinschaft gab es aus den drei Fraktionen deutliche Signale, die sachbezogene Zusammenarbeit fortzusetzen, wenn es den Zielen der drei Parteien entspricht.

Klaus-Dieter Heiser

Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln zur Aufkündigung der Zählgemeinschaft in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung

Nach der Aufkündigung der Zählgemeinschaft in der BVV Neukölln durch die SPD hat der Bezirksvorstand der LINKEN am 4. März folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Der Bezirksvorstand nimmt zur Kenntnis, dass die Neuköllner SPD die Zählgemeinschaft mit Bündnis 90/Die Grünen und damit faktisch auch mit der Partei DIE LINKE aufgekündigt und so de facto den Wahlkampf eröffnet hat.

2. Der Bezirksvorstand bedauert, dass zwischen den drei Fraktionen der Zählgemeinschaft in der Neuköllner BVV keine Einigung hinsichtlich der Positionierung zu rechtsextremem Gewalt im Bezirk erzielt werden konnte.

3. Der Bezirksvorstand bekräftigt,

dass er abstrakte Diskussionen über politische Gewalt und die Gleichsetzung von Rechts und Links für historisch falsch und politisch kontraproduktiv hält.

4. Der Bezirksvorstand stellt fest, dass mit der Aufkündigung der Zählgemeinschaft durch die Neuköllner SPD die Zählgemeinschaftsvereinbarung, die im Jahr 2006 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei DIE LINKE geschlossen wurde, nicht mehr bindend ist.

5. Der Bezirksvorstand schlägt der Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung vor, fortan als eigenständige, kämpferische Oppositionskraft die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler zu vertreten.

6. Der Bezirksvorstand betrachtet als politische Grundlage für die politische Arbeit der Fraktion DIE

LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung das Kommunalwahlprogramm, mit dem die Linkspartei.PDS im Jahr 2006 zur Wahl angetreten ist, sowie die seit Gründung der Partei DIE LINKE auf Landes- und Bundesebene verabschiedeten Programme.

7. Der Bezirksvorstand schlägt der Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung vor, in der restlichen Legislaturperiode der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung nur dort punktuell mit anderen Fraktionen zusammenzuarbeiten, wo diese Zusammenarbeit der Realisierung unserer politischen Ziele dient.

8. Der Bezirksvorstand wird diese Position der nächsten Mitgliederversammlung zur Debatte und Beschlussfassung vorlegen.

Einige Begriffe zur BVV erklärt

Bezirksverordnete

Verordnete sind Vertreter von Parteien, oder Initiativen, die sich zur Wahl für eines der zwölf Berliner Bezirksparlamente beworben haben. Das Bezirksparlament, auch Bezirksverordnetenversammlung (BVV) genannt, hat 55 Sitze, die je nach Stimmenanteil (erforderlich sind mindestens 3 Prozent) nach einem speziellen Auszählungsverfahren (d'Hondt) auf die Parteien aufgeteilt werden. Die BVV wird für fünf Jahre, in Abhängigkeit der Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses, gewählt. Löst sich das Abgeordnetenhaus vorzeitig auf, wird auch die BVV neu gewählt. Die konstituierende Sitzung einer BVV findet immer erst nach der Konstituierung des Abgeordnetenhauses statt.

Bezirksamt

Die Amtsgeschäfte der Bezirke werden in sechs Verantwortungsbereiche aufgeteilt, so dass in einem Bezirksamt sechs Stadträte gewählt werden. Die Verteilung der Stadtratsposten richtet sich ebenfalls nach dem Stimmenanteil der in der BVV vertretenen Parteien. Nach der Konstituierung der BVV wird das Bezirksamt durch die Verordneten gewählt.

Zählgemeinschaft

Koalitionen auf Bezirksebene nennt man Zählgemeinschaften. Wichtigstes Ziel einer Zählgemeinschaft ist die Wahl des Bürgermeisters. Für die gegenwärtige Legislaturperiode der Neuköllner BVV wurde von den Parteien und Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei/PDS vereinbart, die seit 2001 bestehende Zählgemeinschaft fortzusetzen. Grundlage war ein „50-Punkte-Programm“ für die Arbeitsbereiche der BVV. Ferner wurde vereinbart: „Die Zählgemeinschaft strebt an, wechselnde Mehrheiten auch zu Themenstellungen zu verhindern, die nicht von dieser Vereinbarung erfasst sind. Sollte sich ein inhaltlicher Konflikt innerhalb der Zählgemeinschaft anbahnen oder die Möglichkeit konkret nicht auszuschließen sein, verpflichten sich die Fraktionen im Vorfeld eine einvernehmliche Linie zu finden.“

„Hartz IV muss weiterhin politisch bekämpft werden“

Von Ruben Lehnert

Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar ein viel beachtetes Urteil über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze gefällt.

Dieses Urteil wurde in vielen Medien als eine Ohrfeige für SPD und Grüne, aber auch für CDU, CSU und FDP aufgefasst, die Hartz IV vor mehr als fünf Jahren eingeführt haben. Die Genugtuung über die überfällige Ohrfeige für diese Hartz-IV-Parteien darf aber nicht darüber hinweg täuschen: Die Überwindung von Hartz IV muss weiterhin politisch erkämpft werden.

Die obersten deutschen Richter haben zwar erstmals ein soziales Grundrecht auf menschenwürdige Existenz anerkannt. Sie haben festgestellt, dass ein solches Existenzminimum die kulturelle und politische Teilhabe ermöglichen muss. Zudem haben die Richter klar gemacht, dass dieses Grundrecht unverfügbar und die bisherige Praxis der Kürzungen und Sanktionen deshalb verfassungswidrig ist. So weit, so gut.

Das Bundesverfassungsgericht hat aber Hartz IV nicht abgeschafft. Für verfassungswidrig haben die Richter lediglich das Verfahren zur Festsetzung der Regelsätze erklärt,

nicht die Höhe der Regelsätze. Im Gegenteil: Die Höhe der Regelsätze halten Deutschlands oberste Richter für mit dem Grundgesetz vereinbar. Dem Gesetzgeber, den das Gericht aufgefordert hat, das Gesetz bis Ende des Jahres zu überarbeiten, steht hierbei ein großzügiger Gestaltungsspielraum zur Verfügung, der Sach- und Dienstleistungen für die Betroffenen einschließt.

Für Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter, ob erwerbslos oder beschäftigt, bedeutet dieses Urteil keine unmittelbare Verbesserung. Sie müssen sich nun zwischen zwei Optionen entscheiden: Entweder sie verlassen sich auf die Parteien,

die ihnen Hartz IV eingebrockt haben und nun das eigene Gesetz ändern sollen, oder sie kämpfen zusammen mit der Partei DIE LINKE für grundsätzliche Alternativen zu Hartz IV.

DIE LINKE wird in den Kampf für eine bedarfsdeckende Mindestsicherung von 500 Euro im Monat und für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde fortsetzen. Kein Richterspruch, sondern nur der solidarische Kampf der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter wird das Ende von Armut, Ausgrenzung und Ausbeutung herbeiführen.



Foto: KDH

Ruben Lehnert ist Sprecher des Bezirksverbandes Neukölln der LINKEN. Er engagiert sich seit langem für Hartz-IV-Betroffene. Hier bei einer Informationsaktion vor dem JobCenter Neukölln.

JobCenter Neukölln zieht in Kindl-Boulevard um

Das JobCenter Neukölln ist in den Kindl-Boulevard umgezogen.

Vom Umzug betroffen sind alle Bereiche und Abteilung aus der Sonnenallee 262, der Lahnstraße 52 und 56 sowie aus der Silbersteinstraße 30-34. Deutschlands größtes JobCenter residiert fortan in der Mainzer Straße 27, erreichbar über die Haltestelle Boddinstraße der U-Bahnlinie 8 und der Busse 344 und 104. Das JobCenter ist montags und dienstags von 8 bis 13 Uhr, donnerstags von

10 bis 13 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

Neu ist, dass die Zuständigkeiten nicht mehr nach dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens geordnet werden. Die Zuständigkeit des Ansprechpartners ist nun nach der letzten Ziffer der Bedarfsgemeinschaftsnummer (BG-Nummer) geregelt. Betroffenen wird empfohlen, alle Schreiben und Unterlagen mit der BG-Nummer zu kennzeichnen. Vor dem Umzug war das JobCenter vom 18. bis zum 25. Januar komplett geschlossen geblieben.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet ab März wieder eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei. Die Beratung findet erstmals am Mittwoch, 24. März 2010, von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-66 64 97 56, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung. Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE. Neukölln trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Das nächste Treffen findet am 7. April statt.

Den Opfern Gesicht und Stimme geben

Nach dem verheerenden Luftangriff in Kundus letztes Jahr wird in Deutschland über die Verantwortung gestritten. Über die Opfer reden wenige. Christine Buchholz reiste nach Afghanistan und sprach mit ihnen.

Neu-Köllnisch: Wie fühlt man sich, wenn man nach Afghanistan kommt?

Christine Buchholz: Spätestens beim Abflug aus Masar-i-Sharif ist klar: wir sind im Kriegsgebiet. Im steilen Zick-Zack steigt das Transall-Flugzeug auf, um Raketen kein leichtes Ziel zu bieten. Genauso steil geht es in Kundus beim Landeanflug runter. Am Flughafen: schwer Bewaffnete, die Patrouille für einen Konvoi ins PRT-Lager. PRT steht für Provincial Reconstruction Team. Das soll nach Wiederaufbau klingen, ist aber ein Militärlager – mit stark befestigten hohen Mauern.

Neu-Köllnisch: Du und Dein Fraktionskollege Jan van Aken wolltet mit den Opfern der von der Bundeswehr befehligten Bombardierung in Kundus am 4. September sprechen. Was habt ihr erfahren?

Christine Buchholz: Unter den 143 Opfern waren 26 Schüler, Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 16 Jahren. Ihre Eltern erzählten uns, dass ihre Kinder Benzin abzapfen wollten oder auch nur neugierig waren, was bei den Tanklastzügen los war. Zudem hat der Angriff 91 Witwen hinterlassen, deren Zukunft ungewiss ist.

Armut und Unterentwicklung des Landes sind stark mit dem Krieg



Christine Buchholz (li) im Gespräch mit Laila (re), die zwei Söhne durch die Bombardierung verloren hat.



Foto: © DIE LINKE im Bundestag

Berlin, Bundestag, 26. Februar 2010, 9.25 Uhr: Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Christine Buchholz tritt in der Debatte vor der Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan an Rednerpult. Sie berichtet, was sie bei ihrer Reise in Afghanistan gesehen und erlebt hat. Dabei traf die Abgeordnete auf Angehörige von Opfern des Bombenangriffs in Kunduz am 4. September 2009. Kurz nach der Rede stehen alle Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE auf, viele halten Schilder mit Namen von Opfern des Bombenangriffs von Kunduz hoch. Zunächst ist es im Bundestag ganz still, dann beginnen einzelne Abgeordnete der Regierungsfractionen zu stöhnen oder rufen. Bundestagspräsident Norbert Lammert fordert die Abgeordneten der LINKEN, die ein Schild in der Hand halten, auf, den Plenarsaal zu verlassen.

verschränkt. Drei von Bulbuls Enkelkindern starben am 4. September. Sie sagte uns: „Wär' ich nicht arm, hätten wir kein Benzin gebraucht“.

Neu-Köllnisch: Wie kann die Armut in Afghanistan bekämpft werden?

Christine Buchholz: Nicht mit mehr Militär. Momentan sind der zivile Aufbau und die Armutsbekämpfung der militärischen Strategie der Aufstandsbekämpfung untergeordnet. Es heißt immer: Ohne Militär kein Aufbau, die Taliban machen gleich wieder alles kaputt. Vor Ort hat sich das aber anders dargestellt – gerade wenn die Armee zusammen mit Aufbauhelfern ausrückt,

macht das die Leute misstrauisch und unkooperativ. Woher sollen sie wissen, ob nicht die Erkenntnisse der Helfer militärisch verwendet werden? Ob auf Brunnenbohrer Bomber folgen?

Es geht auch anders. In der Provinz Oruzgan haben ausländische Helfer erfolgreich eine Straße gebaut – ganz ohne militärische Absicherung, aber in enger Verhandlung und Abstimmung mit den Dorfältesten.

Christine Buchholz ist friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion im deutschen Bundestag und arbeitet im Untersuchungsausschuss zu Kundus mit.

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....

Irrsinn autogerechte Stadt

Gedanken von Thomas Licher nach der Neuköllner BVV-Sitzung im Februar

Die Mehrheit der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung ist verkehrspolitisch in den 1950er Jahren stehen geblieben.

In der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung hat am 24. Februar 2010 die Fraktion der LINKEN eine große Anfrage gegen den Weiterbau der Autobahn A100 gestellt. „Wie positioniert sich das Bezirksamt zum Weiterbau des Berliner Stadtrings im 16. Bauabschnitt von Neukölln nach Treptow?“

Was dann folgte, war eine außerordentlich bemerkenswerte Debatte mit einer Vielzahl von „rückständigen Argumenten aus der verkehrspolitisch, schlimmsten Zeit“ der 1950er Jahre. Nach dem Krieg war mit Einsetzen der Massenmotorisierung die „autogerechte Stadt“ das Ziel der damaligen Verkehrsplanungen. So vertraten auch jetzt die Vertreter von CDU, FDP und die fraktionslosen Bezirksverordneten die Behauptung, dass mit dem Bau der Autobahn vorhandene Arbeitsplätze gesichert und weitere geschaffen werden würden. Zwar ist anzunehmen, dass beim Bau eine der teuersten Autobahnabschnitte der Bundesrepublik die größten Bauunternehmen, wie z. B. Bilfinger und Berger, beim Bau nicht nur große Gewinne machen, sondern auch Arbeitnehmer beschäftigen werden. Aber ob davon Berlin oder Neukölln etwas zu gute kommt, ist stark anzuzweifeln. Bei vielen Großbaustellen werden über Sub- und Subsubunternehmen die niedrigsten Löhne an in- und ausländische Arbeitnehmer gezahlt, und in den Regionen zeigt sich kaum eine nachhaltige Wirkung auf dem Arbeitsmarkt.

Die 40 Millionen Euro für die Autobahn werden in den Bezirken fehlen

Eine Position für den Bau der Autobahn war, das der Großteil der Kosten für die Autobahn vom Bund übernommen werde. Das ist richtig, aber das Land Berlin muss ca. 10 Prozent der Gesamtkosten übernehmen. Das sind für den nächsten Abschnitt bis zur Elsenbrücke ca. 40 Millionen Euro. Während die glei-



Foto: KDH

Die Stadtautobahn schlägt breite Schneisen in die Stadt, besonders an den Anschlussstellen. Hier zum Beispiel in Neukölln, wo gegenwärtig die A 100 endet.

chen Parlamentarier später in der Debatte um den Bebauungsplan „Am Bergpfuhl“ von hohen Kosten in Höhe von ca. 400 000 Euro sprachen, die bei „Nichtannahme“ auf den Bezirk Neukölln zukommen würden, spielen Kosten beim Bau von Autobahnen offenbar keine Rolle. Dass der Berlinanteil in Höhe von 40 Millionen Euro später sicher den Bezirken fehlen wird, wurde von der Mehrheit in der BVV nicht wahrgenommen.

Kein Zeitgewinn durch Autobahn

Auf dem bisher gebauten Autobahnabschnitt ist man z. B. schnell in 20 Minuten von Neukölln nach Halensee gefahren. Für die gleiche Strecke braucht die S-Bahn 19 Minuten und man muss sich dann keinen Parkplatz suchen. Von Neukölln fährt die S-Bahn über Treptower Park, Ostkreuz in Richtung Nordosten zur Storkower Straße. Hier ist keinesfalls eine weitere Stadtautobahn nötig, da man mit einer gut funktionierenden S-Bahn genauso schnell ans Ziel kommen kann.

Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (PKW-Verkehr) geht in Berlin seit Jahren zurück und dafür wächst der Fahrradverkehr kontinuierlich an. In einer Zeit, wo die Frage des Klimaschutzes einen immer stärkeren Stellenwert einnimmt, ist der Bau von Stadtautobahnen ein verkehrspolitischer Anachronismus und führt zum finanziellen Offenbarungseid der öffentlichen Haushalte.

Der letzte SPD-Landesparteitag hat mit Mehrheit den Weiterbau der A100 nach Kreuzberg abgelehnt und der Senat hat die finanziellen Mittel für die Planung der Autobahn eingefroren. Aber trotzdem wird von der zuständigen Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) und der Verkehrsverwaltung der Weiterbau vorangetrieben. Dafür wurde gerade eine Vereinbarung mit den betroffenen Kleingärtnern abgeschlossen, und sie geben schon jetzt ihre Gartengrundstücke auf, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird.

Vorentscheidung für Stadtautobahnring

Mit dem Beschluss für oder gegen den nächsten Bauabschnitt fällt eine wichtige Vorentscheidung über die Schließung des Berliner Stadtringes. Derzeit endet die A100 in Neukölln und geht übergangslos in die A113 auf, die über Schönefeld Anschluss in Richtung Dresden herstellt. Mit dem Bau des nächsten Abschnitts bis zur Spree und weiter zur Landsberger Allee werden sich an den dann entstehenden Enden jeweils wieder starke Staustellen bilden, die immer zur Fortsetzung des Weiterbaus die politischen Entscheidungsträger drängen. Die Schließung des Autobahnringes wird dann ein nicht zu finanzierendes Milliardengrab, was zusätzlich die erweiterte Innenstadt mit Verkehr belastet. Einer möglichen Verkehrs-entlastung von einigen innerstädtischen Teilgebieten steht eine massive Mehrbelastung von großen

Wohngebieten in Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg durch Verkehrslärm und Staub entgegen.

Leider unterstützen auch die Neuköllner Vertreter der Grauen und der SPD die unsinnigen Autobahnausbaupläne. Wie negativ die Autobahn innerhalb eines Stadtteils wirkt, kann man gut erleben, wenn man von einem bekannten schwedischen Möbelhaus am Sachsen-damm zum Bahnhof Südkreuz geht.

Der Vertreter der Grünen brachte den sinnvollen Vorschlag ein, statt für den 16. Bauabschnitt der A 100 die 400 Millionen Euro für die Beseitigung der Frostschäden im gesamten Berliner Straßenraum zu verwenden. Dabei könnten viele kleine und mittlere Bauunternehmen beteiligt werden und das hätte dann auch eine nachweisbare Wirkung auf den Berliner Arbeitsmarkt.

DIE LINKE ist gegen den Weiterbau der A 100

Auch wenn es noch dauert, bis die Mehrheit der Neuköllner Bezirksverordneten verkehrspolitisch im 21. Jahrhundert ankommt, wird sich DIE LINKE weiter in den Parlamenten und außerparlamentarisch gegen den Weiterbau der A100 einsetzen. Im April 2010 wird sich der nächste Landesparteitag der Berliner LINKEN neben dem wichtigen Thema Rekommunalisierung voraussichtlich auch mit der Frage des „Ende des Weiterbaus der A100“ beschäftigen.

Thomas Licher gehört den Bezirksvorstand der Neuköllner LINKEN an.

Gute Gesundheit für alle

Die geplante Gesundheitsreform geht an keinem vorbei, schließlich ist das Thema nun schon seit Wochen in den Medien präsent. Jeder gesetzlich Versicherte wird „Betroffener“ dieser Reformen sein.

Schon seit Jahren wurde das Prinzip der paritätischen Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems immer weiter aufgeweicht. Immer mehr Leistungen wurden aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen und die Kosten auf die Versicherten abgewälzt, wie Zuzahlungen für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel und die Praxisgebühr.

Zusatzbeiträge als Anfang

Seit der Einführung des Gesundheitsfonds 2009 durch die Große Koalition ist nicht nur die paritätische Finanzierung des Krankenkassenbeitrags von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgeweicht. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit für Krankenkassen geschaffen, monatliche Zusatzbeiträge von 8 bis 37,5 Euro zu erheben. Viele Krankenkassen kündigten bereits an, von dieser Regelung Gebrauch machen zu wollen. Das wird sicher nur der Anfang eines massiven Umbaus des deutschen Gesundheitswesens sein. Das wird durch einen Blick in den

Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung klar. Der einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeitrag, sprich „Kopfpauschale“, ist nur ein Aspekt des geplanten solidarisierten Gesundheitssystems. In Zukunft soll der Wettbewerb das „ordnende Prinzip“ im Gesundheitswesen sein. Dazu sollen Wahltarife bei den gesetzlichen Krankenkassen eingeführt und insgesamt der Wechsel zur privaten Krankenversicherung erleichtert werden. Am Ende wird die gesetzliche Krankenversicherung nur eine Minimalversorgung abdecken und alle weiteren Leistungen müssen zusätzlich dazu gekauft werden.

Spätestens nach den Wahlen in NRW, im Mai 2010, werden die Pläne auf den Tisch kommen. Die konservativen Parteien haben schon seit längerem die Umstellung der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine „Kopfpauschale“ bzw. Gesundheitsprämie als Ziel. Das geht ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer - sie werden zukünftig viel stärker für die Gesundheitskosten aufkommen müssen. Für Geringverdiener soll es einen steuerfinanzierten Zuschuss geben. Damit wird ein großer Anteil der arbeitenden Bevölkerung zu Bittstellern degradiert. Bei dem erklärten Ziel aller bürgerlichen Parteien zur Haushaltskonsolidierung ist zu befürchten, dass für die Gesundheit der einkommensschwachen Bevölkerung viel zu wenig Geld zur Verfügung stehen wird. Ob diese Almo-



Foto: Preussner

Plötzlich war der Facharzt weg. So wie es Christiane Z. bei ihrem Augenarzt in der Anzengruberstraße erging, traf es in den letzten Jahren viele Patienten in Neukölln. Nur ein lapidarer Hinweis blieb, wohin die Krankenakten verbracht wurden.

sen mittel- und langfristig bestehen bleiben, hängt vom Wohlwollen der politischen Entscheidungsträger ab. Besonders in Neukölln, wo überdurchschnittlich viele Menschen von sozialen Transferleistungen leben müssen, droht dadurch die Einschränkung der gesundheitlichen Versorgung vieler Menschen.

In Neukölln fehlen Ärzte

Schon jetzt bekommen Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln eine schlechtere medizinische Versorgung. Das kann man auch in Neukölln sehen. Bereits 2008 musste das Bezirksamt feststellen, dass sich Neuköllner Ärzte

lieber dort niederlassen, wo mehr Privatpatienten erwartet werden. Die Versorgung durch Ärzte in ganz Neukölln ist mangelhaft, aber besonders im Norden des Bezirks gibt es kaum noch Fachärzte, die weitere Patienten aufnehmen. Es fehlen vor allem Anästhesisten, Radiologen, Hautärzte, Gynäkologen, Urologen und Augenärzte. Allein zwischen 2004 und 2008 haben 88 Ärzte ihre Praxen aufgegeben, es wurden aber nur 35 neue Praxen eröffnet. Nachdem nicht mehr der Bezirk Neukölln, sondern das gesamte Berliner Stadtgebiet als selbständige ärztliche Versorgungsregion gilt, hat es eine Verlagerung von

Anzeige

**LINKER JOURNALISMUS
BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT
BRAUCHT LINKEN
JOURNALISMUS**

**JETZT
GRATIS
TESTEN!**

DAS ND-PROBEABO

Jetzt 2 Wochen kostenlos und unverbindlich testen:
Tel. 030/2978-1800 oder www.neues-deutschland.de

► DRUCK VON LINKS **Neues Deutschland**

Tempelhofer Feld ab 8. Mai teilweise geöffnet

Am 8. Mai öffnen sich die Tore zum Tempelhofer Feld. Mitglieder der Neuköllner LINKEN werden sich an Aktionen an diesem Tag beteiligen.

Zunächst wird es eine Teilöffnung an fünf Toren sein, mit Präsenz von Sicherheitsdienst und Polizei. Dazu passt als Kontrapunkt das Motto der Bürgerinitiativen für diesen Tag: „Bewegungsfreiheit“.

DIE LINKE wird gemeinsam mit

antifaschistischen Gruppen das Datum 8. Mai, in diesem Jahr der 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, zum Anlass nehmen, um auf die Rolle des Flughafens Tempelhof in der Nazi-Zeit aufmerksam zu machen. Hier wurden Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben eingesetzt, die unter anderem beim Bau der berühmten Sturzkampfbomber (Stuka) beschäftigt wurden. Auf dem Teilgelände, das für die Kriegsproduktion genutzt wurde, soll der Anstoß für ein dauerhaftes Gedenken an diesen Aspekt des Tempelhofer Feldes gegeben werden.

statt Kopfpauschale

Facharztpraxen aus den einfachen Wohnlagen hin zu den mittleren und besseren Vierteln gegeben. Das hat dazu geführt, dass Neukölln berlinweit die geringste Ärztedichte aufweist. Während in Treptow-Köpenick 660 Einwohner pro Mediziner leben, kommen in Neukölln sogar 760 Einwohner auf einen Arzt. Zum Vergleich steht im gutbürgerlichen Charlottenburg-Wilmersdorf ein Arzt für 320 Menschen zur Verfügung.

Soziale Unterschiede werden verschärft

In der Gesundheitspolitik wird auch deutlich, wie stark die kommunale Ebene von den Entscheidungen der Bundespolitik abhängig ist. Die derzeitigen Pläne der Bundesregierung werden die bereits bestehenden sozialen Unterschiede weiter verschärfen und die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland noch weiter vergrößern.

Die geplanten Wahltarife ermöglichen geringe Gesundheitskosten für junge, gesunde Menschen und teure Versicherungen für ältere und chronisch kranke Menschen – keine Solidarität mehr zwischen Versicherten. Und was wird sein, wenn man eine chronische Erkrankung bekommt, wer versichert dann zum Beispiel den dann hohen Bedarf an Krankengymnastik? Es wird ein El-Dorado für private Versicherungen werden, dies sichert schon jetzt die Ernennung eines Lobbyisten der privaten Kranken-



Foto: Lorenz-Höfmann

Beschäftigte des Klinikums Neukölln protestierten im Interesse der Patienten wiederholt gegen schlechte Arbeitsbedingungen.

versicherung zum Leiter der Grundstabsabteilung des Bundesministeriums für Gesundheit ab.

Zusatzversicherungen drohen

Aber umfangreiche Zusatzversicherungen werden sich viele Menschen mit geringem Einkommen bzw. Harz IV nicht leisten können. Gerade chronisch kranke Menschen würden unter diesen Bedingungen unterversorgt sein. Die Qualität der Versorgung wird sich hingegen für alle Menschen verschlechtern. Während umfangreich Versicherte in Zukunft unnötige Untersuchungen, kaum wirksame Therapien sowie ineffiziente Medikamente erhal-

ten, steht dem eine Mangelverwaltung von Patienten mit Basisversicherung gegenüber. Denn wo Profit und Wettbewerb im Zentrum des Gesundheitswesens stehen, ist für die angemessene Versorgung kranker Menschen kein Platz mehr.

Sozialversicherung paritätisch tragen

Diese Entwicklung dürfen wir nicht hinnehmen. Auch in Zukunft sollen die Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung entlassen werden und sich weiter paritätisch an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligen. Menschen mit höherem Einkommen können auch einen größeren Beitrag zur Krankenversicherung leisten, als Menschen mit kleinem oder ohne Einkommen. Weiterhin sollen junge und gesunde Menschen für alte und kranke Versicherte aufkommen. Bei den deutschen Krankenkassen handelt es sich um eine „Risiko-Versicherung“, die man hoffentlich nie oder nur wenig in Anspruch nehmen muss. Sollte es aber zum chronischen Krankheitsfall kommen, muss auch in Zukunft unabhängig vom eigenen Geldbeutel umfassend geholfen werden.

Keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen

Im deutschen Gesundheitssystem gibt es keine Kostenexplosion. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit sind seit Mitte der 1970er

Jahre annähernd gleich groß und entsprechen konstant ca. 13 bis 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Problem sind die mangelnden Einnahmen durch immer mehr Mini-, Midi- oder sonstige schlecht bezahlte Teilzeitjobs und die schwachen Lohn- und Gehaltssteigerungen der Arbeitnehmer in den letzten beiden Jahrzehnten.

Gemeinsamer Protest notwendig

Der Umbau des deutschen Gesundheitssystems im Sinne der Pharmaindustrie und der Privaten Krankenversicherungsgesellschaften ist noch nicht beschlossen. Wir können die Zerschlagung der solidarischen Krankenversicherung durch Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler aufhalten. Deshalb lasst uns gemeinsam den Protest gegen diese Pläne auf die Straße tragen! Gemeinsam mit vielen Menschen sollten wir den Widerstand gegen diese unsoziale Gesundheitspolitik organisieren! Auch weiterhin ist eine „gute Gesundheitsversorgung für alle“ in Deutschland möglich.

Ulrike Albrecht (Ergotherapeutin, Mitglied im SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales der Partei DIE LINKE)

Thomas Licher (Krankenpfleger und Gesundheitswissenschaftler, Mitglied im Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE in Berlin-Neukölln)

„Umsonst ist nicht umsonst“



Steffen Schmolke zeigt ab 15. März seine Bilder bei der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16. Motto: „Umsonst ist nicht umsonst“.

Der tief in der Punkszene verwurzelte Künstler malt und zeichnet seit Kindertagen, er arbeitet als Erzieher und Forstwirt, als freier Maler und Graphikdesigner. Er beschäftigt sich mit einer Vielzahl von Projekten und Ausstellungen. Seine oftmals skurrilen und

verblüffenden Bilder hinterfragen gesellschaftliche Widersprüche, sie geben den täglichen Kämpfen und Ängsten der Menschen Gestalt. Er zählt zu den herausragendsten und hoffnungsvollsten Talenten der Berliner Kunstszene.

Steffen Schmolke wurde 1975 in Eberswalde geboren, lebte später in Frankfurt (Oder) und seit einigen Jahren in Berlin.

Bei der Vernissage am Montag, dem 15. März 2010, um 19 Uhr in die Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) wird die SchauspielerIn

Fanny Staffa Gedichte von Steffen Schmolke vortragen, und die Musikerin Susi Koch spielt Klassiker der Punk-Geschichte auf dem E-Piano.

Julia Dobberstein

Die Ausstellung kann bis zum 12. Mai 2010 kostenlos besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung 030-613 5919

Termine DIE LINKE Neukölln

Wahlmitgliederversammlung

Freitag, 9. April 2010, von 18 bis 21 Uhr im Köln-Zimmer des Rathaus Neukölln (U7 Rathaus Neukölln).

Tagesordnung (Vorschlag):

1. Konstituierung
2. Gesundheitspolitik
3. Wahl einer stellvertretenden Sprecherin (eventuell Wahl eines weiteren weiblichen Bezirksvorstandsmitglieds)
4. Anträge
5. Termine und Ankündigungen

Alle Mitglieder können Anträge an die Mitgliederversammlung einreichen. Bitte etwaige Anträge vorab an den Bezirksvorstand oder die Geschäftsstelle am Richardplatz zu melden.

Alle weiblichen Mitglieder des Bezirksverbandes können auf der Mitgliederversammlung als stellvertretende Sprecherin kandidieren. Bitte vorab dem Bezirksvorstand oder der Geschäftsstelle am Richardplatz anzuzeigen.

Bezirksvorstand

Donnerstag, 18.3., 19.00 Uhr
Donnerstag, 1.4., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 11.3., 19.00 Uhr
Mittwoch, 24.3., 19.00 Uhr
im Salvador-Allende-Zentrum,
Jonasstr. 29, 12053 Berlin

BO Reuterkiert

Dienstag, 16.3., 19.00 Uhr
Offenes Treffen im Restaurant
Odysseus, Friedelstraße 37
Dienstag, 30.3., 19.00 Uhr
im Verein iranischer Flüchtlinge in
Berlin e.V., Reuterstraße 52

BO Rixdorf

Donnerstag, 25.3., 19.00 Uhr
Thema: „Krise in Griechenland“
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 16.3., 18.00 Uhr
„Westerwelle gegen Hartz-IV-
Betroffene und Geringverdiener“.
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt,
Clubraum II, Bat-Yam-Platz
Dienstag, 23.3., 18.00 Uhr
Infostand (Bat-Yam-Platz)
Dienstag, 30.3., 18.00 Uhr
„Mieten in Neukölln-Süd“
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt,
Clubraum II, Bat-Yam-Platz

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 16.3., 11.00 bis 14.00 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Impressum

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 5. März 2010
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 20. März 2010

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



Foto: Jakob Huber

Sie kamen nicht durch! Am 13. Februar 2010 konnten die Nazis ihren europaweit mobilisierten Aufmarsch in Dresden nicht durchführen. Entschlossen traten ihnen Demokraten entgegen und blockierten die Marschroute der Nazis, die den Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 dazu missbrauchen wollten, um die Verbrechen des Nazi-Regimes zu leugnen. Die Blockade des Nazi-Aufmarsches in eisiger Kälte wurde durch das Engagement tausender Antifaschisten und Demokraten zu einer eindrucksvollen Aktion gegen Rassismus, Faschismus und Krieg.

„Feindbild Islam“

Nazis wollen neuen Rassismus schüren

Auf Kosten von Minderheiten Hass verkünden. Das wollen Nazis mit ihren Kampagnen „gegen den Islam“ erreichen. In Neukölln und bundesweit.

Nazis haben das Thema „Islam“ für sich entdeckt. Nach dem Volksbegehren gegen Minarette in der Schweiz wollen sie auch hier ein Klima der Angst und des Rassismus schüren. Sie knüpfen daran an, dass seitdem die US-Regierung 2001 den „Krieg gegen den Terror“ erklärt hat, auch in Deutschland Teile der Presse und Politik Stimmung gegen den Islam machen. Jeden Tag finden sich im Fernsehen und in Zeitungen Berichte, die die islamische Religion mit Terror und Frauenunterdrückung gleichsetzen. In der Folge dieser Berichterstattung ist in Deutschland die Zahl der tätlichen Angriffe und Beleidigung gegen Muslime deutlich gestiegen.

Jetzt versuchen die Nazis mit einem bundesweit mobilisierten Aufmarsch am 27. März gegen die Moschee in Duisburg mit Rassismus zu zündeln. Das ist zugleich ihr Auftakt zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland. Damit dürfen sie nicht durchkommen!

DIE LINKE wird mit dazu beitragen, den Naziaufmarsch in Duisburg am 27. und 28. März 2010 zu stoppen und beteiligt sich an den Bündnisprozessen im Vorfeld. Der Parteivorstand ruft alle Mitglieder und SympathisantenInnen der LINKEN auf, sich an der Mobilisierung zu den Protesten gegen den Nazi-

aufmarsch in Duisburg zu beteiligen.

DIE LINKE in Neukölln bietet Mitfahrgelegenheiten zur Gegen-demonstration: 030-37 30 98 15.

Die Basisorganisation Rixdorf der Neuköllner LINKEN hat in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft „Migrations- und Flüchtlingspolitik, Emanzipation und Antirassismus“ der Berliner LINKEN eingeladen, um zu beraten, wie gemeinsam der neuen Rassismus gegen Muslime gestoppt werden kann: Diskussionsveranstaltung mit Marwa Al-Radwany am Donnerstag, 11. März 2010, um 19 Uhr. Ort: DIE LINKE, Richardplatz 16, 12055 Berlin. Marwa Al-Radwany ist eine der Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft und Vorsitzende der Initiative „Grenzen-Los!“.

KDH

„Linkes Programm für Neukölln“

Voraussichtlich im Jahr 2011 finden in Berlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. DIE LINKE Neukölln wird bei der Wahl zur BVV mit einem eigenen Programm antreten. Dieses Programm wird DIE LINKE Neukölln im Laufe des Jahres 2010 erarbeiten. Der Bezirksvorstand hat am 4. März eine Programmkommission berufen, der Mitglieder des Bezirksvorstands, von Basisorganisationen und der Linksfraktion in der BVV angehören. Die Programmkommission wird öffentlich tagen und im Juli einen Entwurf für ein „Linkes Programm für Neukölln“ auf einer Mitgliederversammlung vorlegen und zur Diskussion stellen. Es ist vorgesehen, das Programm dann im Herbst dieses Jahres auf einer weiteren Mitgliederversammlung zu beschließen.